

# Schweiz empört über Vorwürfe

Eine US-Kommission übt harte Kritik am Kurs der Schweiz im Ukraine-Krieg – mit Verweis auf angebliche Sünden.

Renzo Ruf, Washington

Ignazio Cassis hätte sich den Protestanruf beim US-Aussenminister sparen können. Denn die Informationsveranstaltung einer staatlichen amerikanischen Kommission, über die sich der Bundespräsident zu Wochenbeginn präventiv bei seinem Washingtoner Amtskollegen Antony Blinken beschwert hatte, warf gestern kein neues Licht auf die angebliche Kooperation des Finanzplatzes Schweiz mit dem Kreml. Auch wurde der zumindest in der schriftlichen Einladung geäusserte Verdacht, dass die Schweizer Justiz sich am Gängelband der russischen Regierung befindet, nicht weiter untermauert.

Das wiederum will nicht heissen, dass während der 60 Minuten langen Onlineveranstaltung der Helsinki Commission ein nettes Bild der Schweiz gezeichnet wurde. Vor allem der Investor Bill Browder, heute einer der führenden Kritiker des russischen Präsidenten Wladimir Putin im Westen, liess keine Gelegenheit aus, die angeblichen Sünden der offiziellen Schweiz zu beschreiben. So sprach er über die Russland-Abenteuer des ehemaligen Bundesanwalts Michael Lauber, eine Geschichte, die sich vornehmlich im letzten Jahrzehnt abspielte. Und darüber, wie die Strafverfolgungsbehörden der Schweiz regelmässig Partei für russische Oligarchen ergreifen würden. Den Hauptvorwurf, dass die Schweizer Justiz entweder korrupt oder «total inkompetent» sei, konnte Browder allerdings nicht belegen.

Dies hielt Browder, Kopf der weltweit tätigen Magnitski-Gerechtigkeitskampagne, nicht davon ab, Forderungen zu stellen. Laubers Nachfolger Stefan Blättler sagte kürzlich während einer Bilanzpressekonferenz, seine Behörde funktioniere gut und sei gut geführt, eine grundlegende Reform sei deshalb



Der Schweizer Korruptionsexperte Mark Pieth. Bild: Simon Tanner/NZZ

nicht angezeigt. Doch Browder platzierte schwere Vorwürfe: «So räumt man eine schmutzige Situation nicht auf.» Er verwies dabei auf die beiden Blättler-Stellvertreter, die bereits unter Vorgänger Lauber gewirkt hatten. Die Medienstelle der Bundesanwaltschaft wies diese Vorwürfe in einer langen Stellungnahme entschieden zurück.

Auch schlug der Financier vor, die Zusammenarbeit der amerikanischen Ermittlungsbehörden mit dem Bundesamt für Justiz und dem Bundesamt für Polizei zu überprüfen. Vielleicht, sinnierte Browder, hätten die Schweizer Behörden das Vertrauen nicht mehr verdient, das ihnen von Washington entgegengebracht werde. In einem anderen Zusammenhang erwähnte Browder die schwarzen Listen, mit denen Amerika und Europa der Schweiz in der Vergangenheit in Finanzfragen im-

mer wieder gedroht hatten – das war allerdings vor der Einführung des automatisierten Informationsaustausches.

## Geldwäschereigesetz: Neuer Anlauf gefordert

Konstruktiver waren da die Ausführungen des Schweizer Podiumsteilnehmers Mark Pieth gehalten. Der Basler Korruptionsexperte wies auf die 2021 am Widerstand der Anwälte gescheiterte Reform des Geldwäschereigesetzes hin. Er sagte, es sei unerlässlich, dass in der Schweiz künftig auch Anwälte den Vorschriften unterstellt würden. Ein Sprecher des Staatssekretariates für internationale Finanzfragen, das zum Departement von Finanzminister Ueli Maurer gehört, sagte dazu gestern: «Wir beabsichtigen, noch dieses Jahr mit der Branche Kontakt aufzunehmen, um Lösungsansätze zu diskutieren.»



Schoss scharf gegen die Schweiz: Bill Browder. Bild: Tolga Akmen/AFP

ren.» Pieth sprach sich zudem dafür aus, dass die Regierung von Präsident Joe Biden Druck ausübe, damit das Schlupfloch Schweiz für sanktionierte russische Oligarchen geschlossen wird. Am einfachsten wäre es natürlich, wenn sich Bern den westlichen Arbeitsgruppen anschliessen würde, die weltweit Jagd auf Vermögenswerte von Putin-Verbündeten machen.

Der Schweiz, sagte Pieth im Anschluss an die Veranstaltung gegenüber CH Media, könnte die Mitarbeit in einer solchen Taskforce aber Kopfzerbrechen bereiten – weil Washington wohl wenig Verständnis zeigen würde, wenn die Schweiz mit Verweis aufs Bankgeheimnis und aufs Anwaltsgeheimnis auf die Bremse treten würde.

Bei der Helsinki Commission handelt es sich um ein unabhängiges staatliches Gremium, das dem amerikanischen

Parlament nahesteht, auch wenn es über das Budget des Aussenministeriums finanziert wird. Die Anhörung, so harsch der Tonfall über den Finanzplatz Schweiz auch ausfiel, wird wohl keine direkten Folgen auf die bilateralen Beziehungen zwischen Washington und Bern haben. Ein führendes Mitglied der Helsinki Commission, der republikanische Senator Roger Wicker, kündigte allerdings an, dass er das Thema aufs Tapet bringen werde, wenn er diesen Monat ans WEF nach Davos reise.

## «Äusserst unangenehm überrascht»

Auf offene Ohren wird er dabei nicht stossen. Bundesratsprecher André Simonazzi sagte in einer Stellungnahme, die Schweiz sei «äusserst unangenehm überrascht», dass diese Informationsveranstaltung überhaupt stattgefunden habe.

## Bald kommt das E-Rezept

**Gesundheit** QR-Code statt Papierrezept: So stellen sich der Schweizer Ärzteverband FMH und der Apothekerverband Pharmasuisse das ärztliche Rezept der Zukunft vor. Wie die Verbände gestern in einer gemeinsamen Mitteilung schreiben, wollen sie ein elektronisches Rezept (E-Rezept) schaffen. Ein E-Rezept könne in Zukunft «grosse Mehrwerte» schaffen, wenn es einfach anwendbar, sicher und überall einlösbar ist. Patientinnen und Patienten hätten jederzeit Zugriff auf ihr Rezept. Zudem könnten die Rezepte leicht überprüft werden, sie seien weniger fehleranfällig, fälschungssicher und kopiergeschützt.

Funktionieren würde das folgendermassen: Im Anschluss an eine Konsultation stellen Ärztinnen und Ärzte mit Hilfe der Praxissoftware ein elektronisches Rezept mit QR-Code aus. Das Rezept wird den Patientinnen und Patienten digital zugestellt oder ausgedruckt übergeben. «So haben sie die volle Kontrolle über ihre Daten und können das Rezept einlösen, wann und wo sie möchten», schreiben die Verbände weiter. Das Rezept ist in jeder Schweizer Apotheke einlösbar, auch virtuell in Apotheken mit Lieferdienst oder bei Versandapotheken. Bei der nationalen Lösung, wie sie von Ärzte- und Apothekerverband angedacht ist, würden keine medizinischen Daten zentral gespeichert.

Mit der digitalen Lösung sollen Rezepte auch sicherer werden. Wie Pharmasuisse auf Anfrage von CH Media mitteilt, ist ein Statusmodell geplant. Das E-Rezept wird von der Ärztin elektronisch signiert, anschliessend prüft der Apotheker die Signatur und den Status. Es gibt also immer eine Kontrolle, ob das Rezept gültig und einmalig einlösbar ist. Wann genau das E-Rezept schweizweit eingeführt werden soll, ist noch nicht abschätzbar. Pharmasuisse teilt mit: «Technisch sind wir in einer Pilotphase und werden die Lösung relativ rasch umsetzen können.» (aka)

ANZEIGE

Luzerner  
Zeitung

**Newsletter –  
Zentralschweiz  
am  
Wochenende.**

Die Highlights aus der aktuellen Wochenendausgabe, empfohlen von der Redaktion.

**Newsletter am Samstag um 8 Uhr.**

luzernerzeitung.ch/newsletter

## Forschungskooperation mit Brüssel steht auf Kippe

Der Bundesrat entscheidet im nächsten Jahr, ob ein Andocken an Horizon Europe überhaupt noch Sinn macht.

Remo Hess, Brüssel

Bereits zum zweiten Mal hat der Bundesrat am Mittwoch Hunderte Millionen Franken gesprochen, um den Ausfall der Forschungszusammenarbeit mit der EU zu kompensieren. Insgesamt belaufen sich die Überbrückungsmassnahmen auf über 1,2 Milliarden Franken seit 2021. Dieses Geld hätte die Schweiz eigentlich in den EU-Topf des 95 Milliarden Euro schweren Förderprogramms Horizon Europe einzahlen wollen, woraus es an hiesige Forscherinnen und Forscher zurückgeflossen wäre. Weil die Schweiz nach dem Aus des Rahmenabkommens aber nicht mehr als assoziierter Staat bei Horizon Europe gilt, investiert

der Bundesrat die Fördermittel jetzt in Eigenregie.

Darüber hinaus will er den Forschungsstandort zusätzlich stärken und investiert rund 25 Millionen Franken in eine nationale Quanten-Initiative und in die Lancierung von neuen internationalen Kooperationen innerhalb und ausserhalb Europas. Ziel sei es, die Differenzierung voranzutreiben und Klumpenrisiken zu vermindern, so Martina Hirayama, Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation, gestern bei einem Mediengespräch.

Erst vergangene Woche betonte Bundespräsident Ignazio Cassis beim Besuch beim britischen Premier Boris Johnson in London die Absicht, in der Forschung enger mit Grossbritan-

nien zusammenzuspannen. Offensichtlich will die Schweiz damit auch eine Botschaft an die Adresse der EU aussenden: Wenn ihr uns nicht bald am Forschungsprogramm teilnehmen lässt, können wir uns auch anders orientieren.

Dazu passt, dass der Bundesrat im kommenden Jahr entscheidet, ob ein Andocken ans EU-Programm noch Sinn macht. Je länger die Schweiz nicht assoziiert sei, desto problematischer werde es, weil die grossen Ausschreibungen bereits vergeben seien und Projekte gestartet seien, sagt Hirayama. Der Bundesrat werde die Lage deshalb im Jahr 2023 politisch neu beurteilen und schauen, ob der Mehrwert für eine Teilnahme noch gegeben sei.

Offen bleibt die Frage, wie viele Forschende die Schweiz bereits in Richtung EU verlassen haben. Konkrete Zahlen werden laut dem Staatssekretariat für Bildung und Forschung erst im Spätsommer vorliegen. Eine qualitative Umfrage unter der Forschungsgemeinschaft wurde aber schon durchgeführt, das Resultat hält Wirtschaftsminister Guy Parmelin dem Vernehmen nach noch unter Verschluss. Dabei soll das Bild eindeutig sein: Viele Forschende in der Schweiz sind stark besorgt und fürchten um den Zugang zum europäischen Wissenschaftsnetzwerk, wenn die Schweiz nicht bald bei Horizon Europe dabei ist.

Parmelin-Sprecher Urs Wiedmer betont, der Bericht sei

noch nicht fertig gestellt und würde zu gegebenem Zeitpunkt selbstverständlich publiziert.

Bereits Anfang Jahr meldete die ETH-Zürich, zwei Gewinner der renommierten «European Research Council»-Stipendien würden ihre Projekte nicht in der Schweiz antreten. Schweden bot sogar jeder Uni für die Abwerbung eines Schweizer Top-Forschenden eine Prämie von 100 000 Franken.

Aus der Forschungsgemeinschaft heisst es, man sei enttäuscht von vom Bundesrat. Es sei immer klar gewesen, dass der Bundesrat ohne EU-Förderung mehr eigenes Geld in die Hand nehmen müsse, um die Attraktivität des Forschungsstandorts Schweiz zu gewährleisten.